

FÜR FAIREN UND FREIEN WELTHANDEL

Problembeschreibung

Freier Handel ist im Hinblick der vergangenen Jahrzehnte schon immer eine treibende Kraft für Wachstum, Wohlstand und Frieden gewesen. Durch die zunehmende Globalisierung werden gesellschaftliche und wirtschaftliche Prozesse international gedacht, geplant und umgesetzt. Die Jungen Liberalen sprechen sich daher ausdrücklich für den Freihandel aus. Mit Besorgnis nehmen wir jedoch auch wahr, dass es Tendenzen gegen einen weltweiten Freihandel gibt. Mit Donald Trumps Zollpolitik, der wachsenden Besorgnis der Bevölkerung vor Freihandelsabkommen und Phänomenen wie dem Brexit, wird es schwieriger einen möglichst freien Handel zu etablieren. Umso wichtiger ist es die Institutionen des Freihandels zu stärken und für den freien Handel einzutreten. Wir lehnen Handelskriege ab und wollen notfalls auch einseitig dabei bleiben keine Zölle einzuführen. Darüber hinaus stehen wir für folgende Reformen ein:

I. Eine starke WTO

Die Jungen Liberalen sehen multilaterale Verträge auf WTO-Ebene als die beste Grundlage an, um einen freien internationalen Handel durchzusetzen. Mit einer reformierten WTO ist sichergestellt, dass sich die internationale Gemeinschaft auf demokratische Art und Weise in einem fairen Verfahren einigt.

Um eine demokratische WTO zu erreichen, müssen folgende Reformen durchgeführt werden:

- Die Transparenz der WTO muss gestärkt werden, indem nach Vorbild der UN möglichst viele Dokumente der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden.
- Um die Unabhängigkeit der WTO sicherzustellen, müssen der Einfluss von Großkonzernen und NGOs (wie z.B. die Internationale Handelskammer) untersucht und gegebenenfalls entsprechende Reformen durchgeführt werden.
- Die UN-Entwicklungsziele müssen stets eine Rolle bei der Entscheidungsfindung innerhalb der WTO spielen.
- Die Subventionen in Form der entkoppelten Direktzahlungen in der Agrarpolitik müssen reklassifiziert und in die Rote Box unter die verbotenen Subventionszahlungen eingeordnet werden. Die entkoppelten Subventionen haben einen verzerrenden Effekt und sind deshalb kein wirtschaftswissenschaftlich schlüssiger, sondern rein politisch getragener Beschluss.
- Die WTO muss Nachhaltigkeitssubventionen (in der EU Zweite Säule) und Subventionen für nachwachsende Energie kontrollieren und intervenieren, wenn es Hinweise für eine Verzerrung des Marktes und verdeckten Protektionismus unter dem Mantel der Nachhaltigkeit gibt.
- Länder, die Exportsubventionen wieder einführen, sollen konsequent bestraft werden. Sämtliche nicht qualitativen Standards müssen hinsichtlich ihrer Notwendigkeit und ihres möglicherweise verzerrenden Effekts untersucht werden.

II. Demokratie in der EU-Handelspolitik

Die Schwierigkeiten beim Abschluss von CETA hat die strukturelle Schwäche der gegenwärtigen EU-Handelspolitik aufgezeigt. Damit die EU in Zukunft als verantwortungsvoller Partner auftreten kann und einzelne Mitgliedstaaten den Abschluss von Handelsabkommen nicht mehr blockieren können, sind die Kompetenzen der EU im Rahmen der gemeinsamen Handelspolitik zu stärken.

- Die EU-Verträge sind so zu reformieren, dass auch der Investitionsschutz und die Angleichung von Standards Teil der gemeinsamen Handelspolitik sind.
- Zukünftig sollen auch umfassende Freihandelsabkommen wie CETA allein durch ein Mehrheitsvotum des Europäischen Parlaments und des Rates zustande kommen. Eine Ratifizierung durch die nationalen Parlamente soll nicht mehr notwendig sein.

III. Faire Freihandelsverträge

Da die Doha-Verhandlungen gescheitert sind und eine Reform der WTO Zeit in Anspruch nimmt, befürworten wir bis dahin auch bi- und multilaterale Freihandelsverträge. Die EU als weltweit größter Markt und international einheitlich auftretender Akteur hat dabei eine besondere Verantwortung und darf ihre Macht nicht gegenüber Entwicklungsländern ausnutzen.

- Die EU darf Entwicklungsländer in Freihandelsverträgen nicht mehr zwingen ihre Märkte für die subventionierten EU-Produkte noch mehr zu öffnen, als es die WTO verlangt. So lange die EU eine protektionistische Agrarpolitik verfolgt, sollen sich Entwicklungsländer vor Importfluten vor diesen subventionierten Produkten schützen dürfen.
- Die EU soll künftig nicht mehr auf das Instrument der Strafzölle zurückgreifen, wenn sie Handelsverträge durchsetzen möchte.
- Subventionierte Agrarprodukte dürfen in Freihandelsabkommen nicht mehr als “sensible Produkte” aus den Verträgen herausgehalten werden. Dies gilt sowohl gegenüber Industrienationen wie den USA, als auch gegenüber Entwicklungsländern.

IV. Nicht-tarifären Handelshemmnissen entgegenreten

Die Jungen Liberalen befürworten die Liberalisierung der Handels- und Investitionsströme bei gleichzeitiger Aufrechterhaltung von Umwelt-, Verbraucher- und Sozialstandards, sowie entsprechenden Regelungen auf dem Arbeits- und Finanzmarkt. Diese Standards werden derzeit jedoch immer mehr für protektionistische Zwecke verwendet (nichttarifäre Handelshemmnisse) und diskriminieren insbesondere Entwicklungsländer.

Sämtliche bestehenden EU-Produktstandards müssen deswegen hinsichtlich ihrer handelshemmenden Wirkung und ihrer Notwendigkeit überprüft werden. Sofern sie nicht nachweislich dem Schutz der Gesundheit oder Umwelt oder der Produktsicherheit dienen sind sie aufzuheben.

V. Freier Handel trotz Brexit

Der Brexit stellt die EU vor neue Herausforderungen, da neue Strukturen für Handelsbeziehungen mit England geschaffen werden müssen. Die EU soll England die Hand reichen und einen Kooperationsgrad oberhalb der WTO-Vorgaben erreichen. Die Aufrechterhaltung des Status Quo im Handel muss jedoch auch einhergehen mit der Aufrechterhaltung der vier Grundfreiheiten auf beiden Seiten.

Verfasserin: Alice Schmidt